



CVP-Frauen Schweiz

Arbeitsgruppe Energie und Klima

Energiestrategie 2050

Grundsätzliche Überlegungen

Die Energiestrategie 2050 ist visionär und mutig. Sie fordert von allen grosse Anstrengungen. Das UVEK unter der Führung von Bundesrätin Doris Leuthard hat eine riesige Arbeit geleistet, die an dieser Stelle gewürdigt und verdankt wird.

Die Energiewende ist ein langer Prozess; sie erfordert einen Umbau unseres Energiesystems, vor allem auch in Anbetracht des Klimawandels.

Darum:

Energiewende Ja – aber nicht hin zum Fossilen!

Das bedingt einen optimalen Mix aus geeigneten Instrumenten und Massnahmen in allen Bereichen (Stromproduktion, Ausbau neue erneuerbare Energien, Verteilnetz, Energieeffizienz). Das geht nicht ohne klar definierte Massnahmen. Dabei muss der Versorgungssicherheit grosse Priorität zugeteilt werden.

Die CVP-Frauen betrachten die vorgeschlagenen Massnahmen immer auch in Hinblick auf den CO₂-Ausstoss. Sie stellen fest, dass im vorliegenden Massnahmen-Paket die CO₂-Reduktion nur als Begleiterscheinung auftritt und daher zu wenig im Vordergrund steht.

Mit dem ersten Massnahmen-Paket wird nur etwa die Hälfte der langfristigen Ziele bezüglich End-Energie und Elektrizitätsverbrauch erreicht.

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Massnahmen zu verstärken. Die ökologische Steuerreform ist früher als geplant einzuführen. Neben gesetzlichen Vorschriften gehören finanzielle Anreize wie Lenkungsabgaben zu den wichtigsten Instrumenten der Energiestrategie. Wer wenig Strom bezieht, zahlt wenig Lenkungsabgabe, erhält aber gleich viel zurück wie der Vielverbraucher. Anreize sollen über das Geld geschaffen werden.

Der Bundesrat und das Parlament müssen Überzeugungsarbeit leisten, und zwar mit einer offenen Kommunikation und geschicktem Handeln. Alle müssen ihren Beitrag leisten, Privatpersonen wie auch Wirtschaft und Industrie.

Themen, die den CVP Frauen wichtig sind:

Energieeffizienz

Energieeffizienz ist das Kernstück der neuen Energiepolitik. Sie bedeutet einerseits, energieeffiziente Technologien einzusetzen, und andererseits, weniger Energie zu verbrauchen. Denn die einzeln eingesparte Kilowattstunde ist die umweltfreundlichste!

In der Schweiz besteht ein grosses Effizienzpotential. Ein Drittel lässt sich mit technischen Mitteln ohne Komfortverlust einsparen. Dazu braucht es Zielvereinbarungen mit Anreizen zur Steigerung der Effizienz für Industrie und Dienstleister.

Bei Elektrogeräten sind die Vorschriften betreffend Effizienz und Gebrauch kontinuierlich zu verschärfen. Effizienzziele für Energieversorgungsunternehmen sind zu unterstützen.

Die Verstärkung der Gebäudeprogramme ist wichtig. Die Kantone sind zu ihren Beiträgen zu verpflichten. Die öffentliche Hand hat Vorbildfunktion zu erfüllen.

Mobilität

Das Potential des Langsamverkehrs wird zu wenig beachtet. Durch gezielte Anreize könnte dieser Bereich gefördert und dadurch der Individualverkehr entlastet werden. E-Bikes oder E-Roller sollen gefördert werden. Die Infrastruktur für Velos, sei es getrennte Velostreifen in den Städten und Dörfern wie auch geeignete und sichere Veloabstellplätze bei Einkaufszentren und Bahnhöfen, sollte ausgebaut werden.

Die Elektromobilität im Privatverkehr muss derart mit Anreizen gefördert werden, dass sich Personen mit eigener erneuerbarer Stromproduktion (Sonnen- oder Windenergie) vermehrt für ein Elektromobil entscheiden. Diese bieten zusätzlich sinnvolle Speicherkapazitäten des selbstproduzierten Stroms.

Die Verschärfung bezüglich des CO₂-Ausstosses bei der Zulassung von Personen-Lieferwagen und leichten Sattelschleppern bis Ende 2020 ist richtig und EU-kompatibel.

Die Verlagerung vom Güterverkehr auf die Schiene muss umgesetzt werden. Eine CO₂-Abgabe im Bereich der Autos würde sich eignen, um sowohl die Effizienz der neuen Autos, die Fahrweise, aber auch die Fahrleistung hin zu tieferem Treibstoffverbrauch und CO₂-Emissionen zu verbessern.

Neue erneuerbare Energien, Landschaftsschutz

Verstärkte Förderung und Ausbau der erneuerbaren Energie und damit Wechsel von der zentralen zur dezentralen Energieerzeugung werden unterstützt. Der Bau und Betrieb von Kleinkraftwerken und Solaranlagen, die energetische Nutzung von Holz und Biomasse und die energetische Sanierung von Gebäuden schaffen viele regionale Arbeitsplätze und ermöglichen eine hohe Wertschöpfung in den Regionen, gerade in ländlichen Gegenden.

Wichtig scheint eine gemeinsame Planung von Bund und Kantonen.

Es darf nicht jeder Bach zugebaut, die Restwassermengen dürfen nicht reduziert und auch nicht jedes Dach und jeder Hügelzug mit Sonnenkollektoren bestückt oder mit Windrädern zugebaut werden. Den Interessen des Naturschutzes und des Heimatschutzes muss gebührend Rechnung getragen werden, auch im Interesse des Tourismus und der Lebensqualität. Bereits bebaute Flächen z.B. Autobahn-Lärmschutzwände und Hochhäuser in Siedlungsgebieten sollten zuerst bestückt werden. Bereits bestehende Wasserkraftwerke sollen optimiert und ausgebaut werden sollen.

Fossile Kraftwerke

Im Bericht wird unmissverständlich erklärt, dass bis 2020 ein Gaskombikraftwerk (GuD) zur Gewährleistung der Netzstabilität und eines hohen Versorgungsgrades der Schweiz notwendig wird. Der spätere Zubau von weiteren GuD wird nicht ausgeschlossen. Es entstehen grosse CO₂-Emissionen.

Ebenso werden Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen (WKK) erwähnt. Diese produzieren Wärme und Elektrizität. Sie sind grundsätzlich steuerbar, jedoch richtet sich ihr Einsatz im Allgemeinen nach dem Wärmebedarf. Trotzdem sind die Netze verpflichtet, ob passend oder nicht, den Strom abzunehmen. Es soll auch ein WKK-Vergütungssystem geschaffen werden.

Fossile Kraftwerke, die CO₂ produzieren, sollen damit subventioniert werden.

Es ist erschreckend festzustellen, dass die fossile Energie nicht stärker eingeschränkt wird, ja sogar noch zusätzlich als Ersatz eingeplant und subventioniert werden soll.

Die CVP-Frauen Schweiz sind aus Klimaschutzgründen strikt gegen den Bau und Betrieb von Gaskombikraftwerken, aber auch gegen WKK-Anlagen. Diese Kraftwerke leisten auch keinen zuverlässigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, da ihre Gasversorgung vom Ausland abhängig ist.

Stromimporte werden im Bericht nicht näher bezeichnet. Es darf kein Strom aus öl-, kohle- oder gasgefeuerten Kraftwerken sowie aus Kernkraftwerken importiert werden. Die CO₂-Produktion und die Gefahr von Kernkraftwerken werden mit dem Import einfach ins Ausland verlagert.

Gas aus Biomasse, die aus extra dafür produzierten Nahrungsmitteln stammt, lehnen die CVP-Frauen ab.

Mit der weiteren Produktion von CO₂ tritt anstelle des Endlagers im Boden (nuklear) das sehr gefährliche „Endlager“ in der Atmosphäre.

Forschung und Ausblick

Die CVP-Frauen Schweiz wünschen sich intensivere Forschung und Entwicklung zugunsten einer besseren Klimabilanz und optimaler Stromversorgung. Die Schweiz mit ihren Hochschulen und Forschungszentren ist geradezu prädestiniert, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Es sollte darum heute keine Technologie definitiv verboten und verhindert werden, auch wenn in näherer Zukunft kein Gebrauch davon gemacht wird.